Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
12½ Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Herzgth. Sachs.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5½ Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgenossenschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 55. Freitag, 14. Mai. 1875.

Reichstagswahl in Leipzig.

Die gestern, am 11. Mai, stattgehabte Wahl zum Reichstage hat nach vorläufigen Zusammenstellungen folgendes Resultat ergeben: Goldschmidt 8203, Bebel 4018, v. Criegern (Partikularist) 731 Stimmen.

Bei der letzten Wahl (am 10. Jan. 1874) hatten die Nationalliberalen 9222, wir 3651 Stimmen.

Rückgang (ohne Gänsfüßchen) der Nationalliberalen: 1019 Stimmen weniger; „Rückgang" (mit Gänsfüßchen) der Sozialdemokraten: 367 Stimmen mehr.

Ueber den Programmentwurf.

Stimmen aus der Partei.

II.

Das Programm der deutschen Arbeiterpartei und der westdeutsche Arbeitertag.

K—z. Das Programm, wie es zwischen Vertrauensmännern beider Richtungen vereinbart war, hat aus der Arbeiterpartei selbst mehrfache Anfechtungen erfahren, die meisten auf dem westdeutschen Arbeitertage. Wir halten die meisten der Aussetzungen für unrichtig oder unerheblich, und werden deshalb, freilich ohne ein anderes Mandat als unser reges Interesse für die Arbeitersache zu haben, durch Begründung unserer Ansicht zur Klärung der Meinungen beizutragen suchen. Wir sind dabei, was der Verwerfung des Programms von Seiten einzelner Redner auf jenem Arbeitertage gegenüber zu betonen nicht unnütz ist, uns vollkommen klar, daß wir an der Vereinigung der deutschen Arbeiterpartei unter ein Programm und eine Organisation festhalten, auch wenn uns Vieles am schließlich vereinbarten Programm oder an der Organisation nicht gefallen sollte, denn die Hauptsache, die Befreiung der Arbeit von dem Tribut an das Capital durch die Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut, hält der Arbeiter-Congreß unzweifelhaft fest; über den Weg, wie das am sichersten und schnellsten zu erreichen, mögen im Einzelnen differirende Ansichten herrschen, unter Männern aber, die mit Muth und Entschlossenheit nach einem Ziele streben, darf die Differenz über die passenden Mittel nicht zur Spaltung führen, jeder Theil wird zwar mit aller Macht der Gründe für seine Ansicht werben, aber nach gefaßtem Beschlusse wird sich die Minorität der Majorität fügen. So hoffe ich denn, daß der auf dem westdeutschen Arbeitertage gebrauchte Ausdruck, der Congreß könne das Programm in seiner jetzigen Fassung unmöglich annehmen, nicht bedeutet, daß die Redner, wenn es doch in der vorgeschlagenen oder einer ihnen gleich wenig zusagenden Fassung angenommen würde, auf den Beitritt zur Vereinigung verzichteten.

Dem Programm wird im Allgemeinen (Punct a. der Correspondenz im „Volksstaat" Nr. 42) vorgeworfen, daß es durch „seine Kürze um jeden Preis" Jedem erlaube, nach seinem persönlichen Belieben alles Mögliche hinzu- und hineinzudenken. Das wäre allerdings schlimm, doch alles Mögliche läßt sich nicht hineindenken, das Arbeiterprogramm stellt sehr bestimmte Sätze auf. Das Ziel, die Befreiung der Arbeit vom Tribut an das Capital; das Mittel, Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut; die Art der Ausführung, Gründung von Productivgenossenschaften mit Staatshilfe für Industrie und Ackerbau sind ganz bestimmt hervorgehoben. Auch was als Grundlage des Staates von der Partei erstrebt wird, ist meist deutlich angegeben, ebenso fehlt nicht die Angabe der Forderungen, deren Verwirklichung schon unter der gegenwärtigen Herrschaft des Lohnsystems erreicht werden soll. Viele einzelne Punkte freilich bleiben unbestimmt, doch halten wir das nicht für einen Nachtheil, denn auch in der Arbeiterpartei herrschen Differenzen der Ansichten über viele Punkte, und noch mehr Ungewißheit des einzelnen tüchtigen und denkenden Mitgliedes über die spezielle praktische Ausführung gar mancher als nothwendig erkannten Forderung. Ein detaillirtes Programm über den Aufbau des sozialdemokratischen Staates und der auf Gleichheit und Gerechtigkeit gegründeten Gesellschaft halten wir deshalb für unmöglich, sehen also in dem Fehlen desselben auch keinen Nachtheil. Und wenn wir selbst in nächster Zeit, was doch erst durch harten Kampf errungen werden muß, die Macht zum Aufbau des Staates und der Gesellschaft in unserem Sinne erlangten, so werden wir eben bessern, worüber wir einig sind, und werden das Uebrige, wenn auch Schlechte, beim Alten lassen, bis wir über die Art der Aenderung in der Majorität des Volkes ebenfalls klar und einig geworden wären.

Speziell wird dem Programm vorgeworfen (in Punkt b), daß der erste Abschnitt unter Abschnitt I unrichtig und unverständlich sei. Es ist das ein harter Vorwurf, — der Programmentwurf der deutschen Arbeiterpartei wird damit auf das Niveau des Schulze-Delitzsch'schen Arbeiterkatechismus herabgesetzt. Der Ausdruck „Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur" wird getadelt. Es habe hiernach den Anschein, als wenn die Arbeiter außer der Cultur auch Reichthum anstreben wollten, da Reichthum aber nur im Gegensatz zur Armuth denkbar sei und diese in der sozialistischen Gesellschaft nicht vorhanden sein könne, so könne in ihr auch nicht von Reichthum die Rede sein. Im ersten Absatz des Programms ist ja aber gar nicht von den zukünftigen Zeiten der sozialistischen Gesellschaft die Rede, sondern es wird einfach das Recht der Gesammtheit auf den Reichthum und die Cultur, an denen jetzt nur Wenige theilnehmen, aus der Entstehung dieser Güter durch die Arbeit in der Gesellschaft hergeleitet. Doch auch in der sozialistischen Gesellschaft kann von Reichthum die Rede sein, indem ihm die Armuth der heutigen und aller vergangenen Zeiten entgegen gesetzt wird. Die sozialistische Gesellschaft wird eine Summe von Arbeits- und Genußmitteln, das ist Reichthum, besitzen, wie sie der heutigen Zeit trotz der Ueberarbeitung der Massen nicht zu Gebote stehen. In diesem Sinne strebt also die Arbeiterpartei nach Reichthum, nach Vermehrung des Nationalreichthums, welcher aber, ungleich der jetzigen Zeit, Allen zu Gute kommt.

Punkt c. scheint auf den ersten Blick nicht ohne Grund: „er hält es für unrichtig, daß die Abhängigkeit der Arbeiterklasse und die daraus entsprungene Knechtschaft in allen Formen lediglich bedingt sei durch das Monopol der Capitalistenklasse auf die Arbeitsmittel. Die politische und religiöse Knechtschaft hätten unzweifelhaft auch noch andere Ursachen." Gewiß — Aberglaube, Unwissenheit, Sucht nach Auszeichnung, auch nach solcher, die sich nicht in Geld umsetzen läßt und Anderes mehr, schaffen ergebene Diener fürstlicher und priesterlicher Herrschsucht. In jetziger Zeit aber möchte doch die Sucht nach Capital und damit nach Genuß ohne entsprechende Arbeit die Hauptursache sein, daß Fürsten willige Werkzeuge zu jeder Knechtung finden, und selbst der Aberglaube, welcher die Priester als die Vermittler der ewigen Seligkeit erscheinen läßt und mächtig macht, durch wen anders ist er groß gezogen worden, als durch die Capitalistenclasse, welche die priesterlichen Vertröstungen auf ein zukünftiges Leben brauchte, um die Ungerechtigkeit dieses Lebens erträglich zu machen? Das Monopol der Capitalistenclasse auf die Arbeitsmittel ist nicht das einzige, aber es ist das verbindende Glied der Knechtschaftskette. Zerreißt es, und die Kette ist zerrissen.

Punkt d. Im Absatz 3 und 4 wird vermißt, wovon die Arbeit befreit werden soll, das geht ja aber schon aus Absatz 2 hervor, die Arbeit soll; befreit werden von der Abhängigkeit von der Capitalistenklasse. — Das aber ist richtig, was in Punkt d weiter erwähnt ist, daß der Ausdruck gerechte Vertheilung des Arbeitsertrages ein sehr unbestimmter ist. Alles Mögliche, z. B. der Schulze'sche Entbehrungslohn läßt sich nun freilich nicht hineindenken, allein die Einen, wozu auch wir gehören, würden den Arbeitsertrag ja nach dem Werth der geleisteten Arbeit gerecht vertheilen wollen mit Beibehaltung eines von Zeit zu Zeit festzusetzenden Minimallohnes, um mindestens in den ersten Zeiten der sozialistischen Produktion das Streben nach erhöhtem Genuß als Anreiz zu tüchtiger Arbeit (während der normalen Zeit) nicht zu entbehren, die Andern wollen vielleicht durchaus gleiche Vertheilung des Lohnes und können für sich anführen, daß die Ungunst geringerer Anlagen oder die Mißgriffe der Gesellschaft bei der Erziehung und Arbeitsanweisung gerechter Weise nicht am Individuum gestraft werden dürfen. Das sind allerdings sehr wesentliche Differenzen, über die vor Aufbau des sozialdemokratischen Staates Klärung und Entscheidung eintreten muß. Der nächste Congreß braucht dieselbe aber nicht zu bringen, denn das Programm soll nur die fertigen geistigen Errungenschaften der Partei zusammenfassen. Eine nachträgliche Spaltung durch Offenlassen wesentlicher Fragen fürchten wir nicht, da kein Sozialdemokrat seine Meinung unbedingt wird durchsetzen wollen, ist doch Gehorsam gegen die Majorität die erste demokratische Tugend.

Zu Punkt e. Wir finden keinen Unterschied des Sinnes der Ausdrücke: muß das Werk der Arbeiterklasse sein und: ist die Aufgabe der Arbeiterklasse.

Zu Punkt f. Die nähere Definition des freien Staates, die unter Abschnitt 2 vermißt wird, folgt allerdings kurz und nicht erschöpfend in den 5 Nummern über die freiheitliche Grundlage des Staates. Dieselben sind nicht erschöpfend, sie sagen z. B. nichts über die höchste Spitze des Staates. Wir für unsern Theil verzeihen es bei heutigen Preß- und Vereinsgesetzen und deren Handhabung den Ausarbeitern des Programms, daß sie über jenen Punkt nichts sagen mochten, und denken uns hierbei freilich Manches hinein. Im Uebrigen sind wir schon zufrieden, wenn auch nur die ausgesprochenen Forderungen von uns bald erreicht werden.

Der Tadel unter Punkt g., die Redaction der ganzen Vorlage sei mangelhaft, erscheint uns ungerecht hart, aber dem stimmen wir bei, daß die Uebersicht gewinnt, wenn die drei Grundlagen des Staates als besondere Abschnitte behandelt werden.

Unter h wird jede Andeutung vermißt, was in Nr. 5 unter Abschnitt 3 unter Rechtsprechung durch das Volk und unentgeltlicher Rechtspflege zu verstehen sei. Unseres Wissens haben Diskussionen dieser Punkte innerhalb der Arbeiterpartei noch nicht allgemein stattgefunden, deshalb würden wir eine spezielle Ausführung dieser Punkte im Programm, das, wie gesagt, nur die fertigen geistigen Errungenschaften der Partei geben soll, für verfrüht halten. Doch müßte das Ziel erwähnt werden, und werde zugleich damit der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtige Rechtsprechung mit ihrem vom Justizminister resp. auf dessen Vorschlag ernannten und placirten Richtern und ihren vom Gerichtspräsidenten aus der Klasse der Besitzenden ausgewählten Geschworenen keine Rechtsprechung durch das Volk sei. Wir haben uns bei diesem Punkt 5 freilich Manches hineingedacht, nämlich das: Die Kreisinsassen wählen aus sich eine bestimmte Anzahl Schöffen, die für das laufende Jahr die gerichtlichen Geschäfte im Voraus unter sich vertheilen und während ihres Amtes Besoldung beziehen.

Dem endlich unter i Gerügten stimmen wir bei. Die progressive Einkommensteuer als einzige Steuer ist etwas, das wir schon unter der Herrschaft des Lohnsystems zur einstweiligen Erleichterung der Arbeiterklasse erreichen müssen, und gehört deshalb in den letzten Abschnitt, sie ist aber nicht die wirthschaftliche Grundlage des zu erstrebenden sozialdemokratischen Staates, denn dieser vertheilt den Arbeitsertrag (mit Zurückbehaltung einer Reserve) soweit er aus Genußmitteln besteht, an alle Arbeiter des Staates, auch an die, welche man heute Staats- oder Communaldiener ꝛc. heißt, bedarf also überhaupt nicht noch besonderer Steuern.

Von einem Correspondenten in einer früheren Nummer des „Volksstaat", sowie in einer Versammlung zu Coburg wurde ferner vorgeschlagen, die Bestimmung über Krieg und Frieden dem Volke direkt, nicht den Volksvertretern zuzutheilen. Dieser Vorschlag ist auf die Erfahrung gegründet, daß unsre heutigen parlamentarischen Versammlungen das Volk nicht vertreten. Allein man übersieht, daß bei allgemeinem gleichem Wahlrecht und bei völlig freiem Vereinsrecht und freier Presse eine wahre Volksvertretung zu Stande kommt, und daß diese Volksvertretung, deren beschlossene Gesetze das Volk bestätigt, von anderer Bestätigung ist im Programm nirgends die Rede, stets das Bewußtsein der im Volke ruhenden Souveränität behält. Dieser Volksvertretung, scheint uns, dürfen wir getrost das Recht über Krieg und Frieden anvertrauen. Ein Punkt aber läßt es uns passend erscheinen, dies wirklich zu thun. Der Soldat im Felde, also ein großer Theil des Volkes, ist selbst über die militärischen, vielmehr noch über die politischen Verhältnisse weit weniger unterrichtet, als der gemächlichste Zeitungsleser daheim, zudem stellen sich der freien Besprechung im Heere so viel Schwierigkeiten entgegen, daß wir sagen müssen, der Soldat im Felde ist ungeeignet, über Krieg und Frieden zu beschließen. Wenn es so unmöglich ist, das ganze Volk direkt nach freiem Meinungsaustausch zu hören, da scheint es uns besser zu sein, wie ein Programm bestimmt, den vom ganzen Volke frei gewählten Vertretern die Bestimmung über Krieg und Frieden zuzuertheilen.

Parteigenossen!

„Das war eine traurige Zeit, die hinter uns liegt; möge sie uns nimmer wiederkehren! — Brüder, die sonst im gemeinsamen Kampfe gegen die Uebermacht der Unterdrücker, Einer für den Andern in die Schranken traten, vergeudeten ihre besten Kräfte im Kampfe gegen einander, so daß man sich verzweifelnd fragen mußte: Werden denn je die Arbeiter ihres eigenen Glückes Schmied sein können? Sind sie denn wirklich im Stande, den letzten Kampf gegen die Macht des Kapitals auszukämpfen? Sind sie reif für den Staat der Zukunft, dessen Fundament die Brüderlichkeit ist? So manchmal sind auch über mich in dieser schlimmsten Zeit meines Lebens solche Zweifel gekommen; Zaghaftigkeit erfaßte meine Seele und mein Herz erzitterte in Muthlosigkeit. Wen hätte es auch nicht bis ins Mark hinein erschüttern sollen, dieses wüthende Bekämpfen Derer unter einander, die durch gemeinsame Leiden zu gemeinsamen Zielen verbunden sein mußten? Doch heute dürfen wir wieder hoffen, heute dringen die Stimmen, die nach Versöhnung rufen, immer zahlreicher aus dem Chaos, das durch schlechte Rathgeber geschaffen wurde. Die Binde ist so Manchem von den Augen gefallen und freudig begrüßt er das Morgenroth, das den Tag des Friedens unter den Söhnen der Arbeit verkündet. Der Zwiespalt, der uns Jahre lang trennte, der für uns der Abgrund zu werden drohte, in welchem alle unsere Wünsche, alle unsere Hoffnungen, alle unsere Bestrebungen einen schmachvollen Untergang hätten finden müssen, er scheint sich endlich schließen zu wollen."

So sprach ich am Schlusse des Jahres 1872 im „Botschafter" zu den Lesern desselben, und in Verden rief ich am 19. Januar 1873 in einer Versammlung den Anwesenden zu:

„Jeder, dem es Ernst mit der Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter ist, mag zunächst seine ganze Kraft gegen die Feinde außerhalb des Arbeiterstandes richten und gar nicht dergleichen thun, als ob er auch Gegner unter den Mitgliedern der andern Fraktion der sozialdemokratischen Partei habe, dann wird sich die Erbitterung, die ja nur künstlich großgezogen, recht bald in Duldsamkeit und endlich in Freundschaft kehren und die Einigkeit aus den Herzen der Arbeiter heraus neu geboren werden."

Und nun endlich, nach langer Zeit, aber doch noch früh genug, ist es in Erfüllung gegangen; unsere Wünsche bleiben nicht blos Wünsche, sie sollen lautere volle Wirklichkeit werden; der Tag ihrer Erfüllung ist so nahe gerückt, daß nur noch wenige Tage uns von der ersehnten Verbrüderung scheiden. Die Kampfrufe, welche so oft erschallten, um Bruder gegen Bruder zu hetzen: „Hie Lassalle! Hie Marx!" sie werden verstummen — sie müssen verstummen, weil es der Wille der Arbeiter ist, die Namen Derer, die sie in den Kampf gegen Unwissenheit und Lüge, ererbte und angemaßte Gewaltherrschaft geführt und redlich zu ihnen gestanden, nicht zum Feldgeschrei für verrätherischen Bruderkampf, oder zum Deckmantel erbärmlicher Intriguen herabwürdigen zu lassen. Wer jetzt noch diese Namen mißbrauchen wollte, um aufs Neue Zwietracht in die Herzen der Arbeiter zu säen, dessen eigener Name gehört an den Schandpfahl, dem sich die Verachtung der Arbeiter an die Fersen heftet, so daß er ihr nimmer zu entfliehen vermag.

Und nun ein herzliches „Glück auf!" den Delegirten zum Congreß der Sozialdemokratie Deutschlands! F. W. Fritzsche.

Was wird auf dem Vereinigungs-Congreß geschehen?*)

so fragen bereits heute sich Tausende deutscher Arbeiter.

Die Erwartung ist auf das Höchste gespannt, ob auf dem Kongreß das bis heute so segensreich gediehene Werk der Einigung denselben ungestörten Fortgang nehmen wird, wie bisher, oder ob die Delegirten, in zwei getrennten Lagern, sich gegenüberstehen und gewissermaßen diplomatische Unterhandlungen mit einander pflegen werden. Offene Verbrüderung oder kluge Kompromißschließung — wird diese oder jene stattfinden?

Es ist nicht zu verwundern, ja sogar mit Freude zu begrüßen, daß die alte Garde der Parteigenossen, welche in zehnjährigen Stürmen aller Art sich erprobt hat, derartige Fragen stellt; denn es ist eben das Kennzeichen der bewußten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, im Gegensatz zu allen anderen unklaren Parteiströmungen, daß die Masse der Parteigenossen nicht einer Führerparole blindlings folgen, sondern selbst denken, selbst handeln muß. Schöne Demokraten und Sozialisten wären wir, wenn wir Staat und Gesellschaft auf Grund der Volksherrschaft organisiren wollten und nicht einmal uns selbst demokratisch regieren könnten! — Frei und offen gesprochen, was wir befürchten und was wir hoffen! — kein Blatt vor den Mund genommen! — und sicherlich werden Klarheit, Einmüthigkeit und Förderung unserer großen Sache die Folge davon sein.

Schreiber dieses, welcher nunmehr acht Jahre in der Parteipresse gewirkt hat, ist durch die damit verbundenen, so zahlreichen Erfahrungen zu der festen Ueberzeugung gekommen, daß es das allein Fruchtbringende sein wird, wenn alle Unklarheiten, welche bis zum Vereinigungskongreß auftauchen könnten, in ungeschminkter Weise besprochen und gelöst werden. Das Licht der Oeffentlichkeit ist für unsere Partei das allein Geziemende, und nimmer darf sie es scheuen. — Geheimnißkrämerei führt nur zum Intriguiren, Schweifwedeln und Verläumden, zur Stellenjägerei, Bestechlichkeit und Korruption, und deshalb wollen wir sie ganz und gar den Jesuiten, Reptilien und sonstigem im Dunkeln schleichenden Gewürm überlassen.

So mag denn hier heute die Frage frei erörtert werden, ob Befürchtungen für den Verlauf des Vereinigungskongresses zu hegen sind.

Schreiber dieses antwortet darauf mit einem entschiedenen „Nein" — der Kongreß soll redliche Verbrüderung schaffen, und er kann es.

Bedenken wir doch vor Allem, daß der Drang zur Vereinigung der ganzen großen Sozial-Demokratie, welcher schon jetzt die trüben Erinnerungen an alten Zwist gänzlich hinweggespült hat, das Werk der Ueberzeugung aller Parteigenossen ist, daß derselbe nicht auf einem künstlichen Kompromisse beruht, bei welchem die eine Seite diesen, die andere jenen Theil ihrer Grundprinzipien aufgibt, sondern daß dasselbe Ziel und dieselben Mittel und Wege vor Aller Augen schweben.

Die logische Folge ist, daß es nichts weiter als des guten Willens der auf dem Kongreß erscheinenden Delegirten bedarf, um ein wirkliches Verbrüderungswerk zu schaffen. Und wer ein echter Sozialist ist, dem darf es an diesem guten Willen nicht fehlen in dem Augenblick, wo um Wohl und Wehe der gesammten deutschen Sozial-Demokratie es sich handelt. Was, sollten Schlagworte uns trennen, während wir über die Prinzipien einig sind, sollten wir unseren Feinden den Triumph bereiten, daß wir uns zanken, während es gilt, gegen die zahllosen Verfolgungen die gesammte Kraft der Sozial-Demokratie in die Waagschale zu werfen? — Unsere Parteigenossen mögen nur einmal den ganzen Ernst der Lage überdenken, und sie werden sich sagen, daß die gesammte Arbeiterklasse Den als Verräther in Acht und Bann thun würde, der mit nichtigen Gründen für eine neue Spaltung intriguirte.

Aber, allerdings es genügt nicht, wenn offener Hader verhütet wird. Der Vereinigungskongreß muß, wenn er seinen Zweck nicht verfehlen soll, mehr schaffen; er muß nicht lose zwei Bruchtheile mit einander verkitten, sondern ganz und gar alle Sozialdemokraten mit einander verschmelzen. Die Parteigenossen haben schon ihr letztes Wort gesprochen; schon sind sie verschmolzen, im Wupperthal, in Hannover, in Frankfurt; schon ist die Frage des gegenseitigen Ineinanderaufgehens für Berlin und Hamburg, für alle anderen großen Städte, sowie für das flache Land entschieden; unter solchen Umständen würden die Delegirten, wenn sie, in zwei Heerlager getrennt, wie kriegführende Parteien mit einander verhandeln wollten, sich über den Willen ihrer Wähler hinwegsetzen. Wer zum Kongreß kommt, wird nicht dorthin gesandt als „Lassalleaner", um für den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein", und als „Eisenacher", um für die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" zu wirken, sondern als „Sozialdemokrat", um für das gemeinsame Parteiwohl thätig zu sein. Existirten prinzipielle Grundverschiedenheiten beider Richtungen heute noch, statt blos Unterschiede bei der praktischen Agitation, dann wäre eine Vereinigung überhaupt ein Unding; aber da zur Genüge festgestellt ist, daß die Mitglieder beider Richtungen dasselbe wollen und nur diesen oder jenen Punkt mehr zu betonen pflegten, da ist diese gemeinsame Grundlage von selbst auch gegeben, und die Delegirten haben nichts Anderes zu thun, als diese Grundlage vereint auszubauen; da kann der Eine so gut wie der Andere den geschicktesten Wurf thun.

Also vor allen Dingen keine Voreingenommenheit! Es sind keine Feinde, welche auf dem Kongreß verhandeln werden, sondern Freunde, verbunden durch den sozialen Nothstand, verbunden durch den politischen Kampf und verbunden durch die Erhabenheit des sozialistischen Gedankens. Wer in einem Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, wo die Sozialdemokratie ihre Kräfte concentrirt und ihre Macht dadurch verzehnfacht, aus Rechthaberei oder gar aus persönlichen Rücksichten spräche: „Ich spiele nicht mit, wenn man mich nicht beachtet", der zeigte so kleinlichen Geist, wie der Spießbürger am Tage welterschütternder Revolution. Und so bemitleidenswerthen Sinn wird — des sind wir sicher — kein Sozialist als Delegirter zum Kongreß mitbringen.

Dann zum Uebrigen noch, sind es denn nicht die Parteigenossen selbst, welche als souveränes Volk die Delegirten wählen? — Liegt es nicht in ihrer Hand, den rechten Mann an den rechten Platz zu stellen? — Können sie, wenn sie mit Begeisterung die Vereinigung der Sozialdemokratie fordern — und das geschieht allerorts — nicht den Mann finden, der rein ist von allen Hintergedanken? —

Gewiß, das könnt Ihr, Parteigenossen, wenn Ihr nur wollt! — In Eurer Hand liegt die Delegirtenwahl! — Und deshalb fort mit allen Zweifeln, ob auf dem Kongreß nur Halbes geleistet werde! Verbrüderung, Entgegenkommen und Aufrichtigkeit — von vorn herein, das sei die Losung, und wahrlich, Erfolg wird unser Werk dann krönen.

*) Dem Neuen „Sozialdemokrat" entnommen.

Politische Uebersicht.

— Der Staat als Arbeitgeber. Eine Abfertigung. In Nummer 47 des „Volksstaat" erwähnten wir des Rundschreibens, welches der preußische Handelsminister Dr. Achenbach an die Oberbergämter erlassen, und in welchem er sowohl eine Herabsetzung der Löhne als zugleich eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangt. Wie wir aus der „Dortmunder Zeitung" vom 5. d. Mts. ersehen, fand dieses Rundschreiben vergangenen Sonntag auf einer großen Bergarbeiterversammlung zu Dortmund verdiente Beleuchtung und Abfertigung. Besagtes Blatt schreibt: „Vergangenen Sonntag fand in dem Lokale des Wirths Herse hier unter verhältnißmäßig großer Betheiligung eine Versammlung hiesiger Bergleute statt. Die Versammlung sollte den Zweck haben, den von dem Handelsminister Dr. Achenbach an die Verwaltungen der fiskalischen Berg- und Hüttenwerke ergangenen und in Nr. 97 unserer Zeitung wörtlich gebrachter Erlaß einer Kritik zu unterziehen und über geeignete Abwehrmittel, falls von den Gewerkschaften hiesiger Zechen in ähnlicher Weise vorgegangen werden würde, zu berathen. Der betreffende Erlaß fordert nämlich die Verwaltungen fiskalischer Industriezweige auf, daß die Löhne, besonders die Gedingsätze bei den Bergwerken, allmählig herabgesetzt und die Arbeitsleistungen erhöht werden. Hervorgerufen ist diese Aufforderung aus dem Grunde, daß trotz der in den letzten Jahren sehr gestiegenen Arbeitslöhne die Leistung der Arbeiter eine geringere geworden und unter den jetzigen Konjuncturen eine Störung des Verhältnisses zwischen Einnahme und Ausgabe eingetreten sei. Dieser Erlaß war es, der in der Versammlung auf das heftigste angegriffen und verdammt wurde. Es wurde geltend gemacht, daß eine Erhöhung des Arbeitslohnes den Arbeiter nicht träger, sondern fleißiger und freudiger zur Arbeit mache. Weniger dürfe nicht verdient werden, da im Lande bereits 6,000,000 selbstständige Personen seien, die eine Einnahme von jährlich unter 140 Thalern hätten. Von den Steuerzahlern müsse ebenfalls noch 1/3 auf executivischem Wege zur Zahlung gezwungen werden. Die günstigen Verhältnisse seien hauptsächlich von den Gewerkschaften*) für sich ausgebeutet worden, das beweise unter Anderem die veröffentlichte Bilance der Zechen Hibernia und Shamrock. Von jedem Scheffel Kohlen, welchen diese Zechen geliefert, sei ein Reingewinn von 6 Sgr. pro Scheffel erzielt worden; die beiden Zechen beschäftigen zusammen 1700 Arbeiter. Jeder der Arbeiter habe im Durchschnitt einen Lohn von 21 Sgr. erhalten und so habe sich der Verdienst der Verwaltungen auf täglich 3900 Thlr. gestellt. Wenn dieses alle den Arbeitern zugefallen wäre, so hätten sie eine Einnahme von durchschnittlich täglich drei Thlrn. erzielt, folglich hätten die Gewerkschaften an jedem Arbeiter täglich 2 Thlr. 9 Sgr. verdient. Es sei vorgekommen, daß bei gefährlicher Steinarbeit von Einigen monat- 70 bis 80 Thlr. verdient worden seien, dieses sei aber nur auf kurze Zeit geschehen und müsse das Ersparniß in schlechten Zeiten sowie in Krankheitsfällen wieder zugesetzt werden. Bei Verunglückungen sei es schwer, die Existenz der Familie zu erhalten, da das Haftpflicht-Gesetz bei den Bergwerken ganz anders und viel nachtheiliger zur Wirkung komme, als bei den Eisenbahnen. Gerade die viele Arbeit habe die jetzige Kalamität hervorgerufen, indem durch die Ueber-Produktion alle Lagerhäuser gefüllt seien und jetzt der Konsum mit der Produktion, weil von dem zu viel Geschafften verbraucht würde, nicht mehr gleichen Schritt halten könne. Wenn z. B. auf einer Zeche 800 Mann bei 8stündiger Arbeit täglich den Bedarf lieferten, so würden bei 9stündiger Arbeit 75 Arbeiter entlassen werden müssen und diese hätten dann das traurige Loos, falls sie nicht auf der Straße liegen wollten, sich anderswo um jeden Preis anzubieten; so würde dann auch dort wieder eine Verringerung der Löhne eintreten. Von der Verringerung der Löhne würde dann hauptsächlich der mittlere Geschäftsstand betroffen, da diese den Theil, den der Arbeiter weniger verdiene, auch weniger verkaufe. Würden die Arbeiter, wie man es von einigen Seiten verlangt, das verdiente Geld weglegen und der Geschäftswelt nicht zukommen lassen, so würden schon nach ganz kurzer Zeit alle Geschäfte stocken und der Kaufmann seinen Laden schließen können. —

Dieses sind in den Hauptzügen die sachlichen Gründe, welche zur Bekämpfung des genannten Ministerial-Erlasses angeführt wurden. Es wurden demnächst Resolutionen dahin angenommen, daß es Pflicht der sämmtlichen Bergleute sei, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der betreffende Erlaß ohne Wirkung bleibe, namentlich eine Lohn-Reduzirung, die bereits zwischen 30—60 pCt. eingetreten, entschieden zurückzuweisen. Der Erlaß selbst könne nur aus dem gänzlichen Verkennen der bestehenden Verhältnisse sowie auf eine oberflächliche Informirung zurückgeführt werden. Die den Bergleuten vorgeworfene Beschuldigung, daß sie gegen früher träge geworden, enthalte eine Verläumdung, die ebenfalls zurückgewiesen werden müsse.

Hierauf wurde ein Comité, bestehend aus 7 Mitgliedern, erwählt, welches die Vorbereitung zu einer Vereinigung sämmtlicher Bergarbeiter Deutschlands treffen soll. Eine zweite Versammlung soll noch vor Pfingsten in einem größeren hiesigen Lokale stattfinden — —."

So weit der sachliche Theil des Berichts der „Dortmunder Zeitung". Um nun zu verhindern, daß der Eindruck ein den Arbeitern günstiger werde, fügt das „liberale" Blatt, unfähig die Gründe der Arbeiter zu widerlegen, eine Schmäh-Nachschrift an, also lautend:

„Die Art und Weise, wie die angeführten Gründe vorgebracht wurden, ließen deutlich erkennen, daß die Leiter und Redner in der Versammlung hiesiger Sozialdemokraten diese Gelegenheit benutzt hatten, um für ihre Sache Progaganda zu machen. Die Aeußerungen wurden an verschiedenen Stellen wieder wahrhaft cynisch (!) und aufrührerisch (!), so daß jedenfalls nur der Eifer, mit dem die Anwesenden dem Hauptthema folgten, einen Unwillen hierüber nicht aufkommen ließ. Es sind ja eben die Sozialdemokraten, die in manchmal wahrhaft diplomatischer Weise alles opfern, um nur dem Hauptzweck ihrer Bestrebungen, dem Umsturz aller bestehenden Ordnung, näher rücken zu können.

„Was die unserer Zeitung, in Hinsicht des, der „B. Z." entnommenen Artikels gemachten Vorwürfe anbetrifft, so antworten wir darauf nicht; die Art und Weise, wie für die beiden aufrührerischen (!!) Blätter, den „Neuen Sozialdemokraten" und den „Volksstaat" agitirt wurde, war denn doch zu plump, als daß sie wirklich ein annehmbarer Köder für die Zuhörer sein könnte." —

Scheint aber doch ein „annehmbarer Köder" gewesen zu sein, sonst wäre das Dortmunder Reptil nicht so erbost. Jedenfalls danken wir ihm für den lehrreichen Lesestoff, den es in seinem blinden Zorn uns geliefert hat. Den Dortmunder Arbeitern rathen wir zum Schluß, auf ihrer nächsten Versammlung eine Denkschrift auszuarbeiten, in der sie Herrn Achenbach bitten, mit der „Herabsetzung des Lohns und der Verlängerung der Arbeitszeit", bei sich selbst anzufangen. Dr. Achenbach's stilistische und sonstige Leistungen sind derart, daß etwas mehr darauf verwandte Arbeit ihnen zu großem Vortheil gereichen würde, und sie stehen zu der Höhe des „Lohns" in solchem Mißverhältniß, daß es einer „Lohnherabsetzung" von 50, ja von 75 Prozent bedürfte, um nur einigermaßen das Gleichgewicht zwischen „Arbeit" und „Lohn" herzustellen. Und dieselbe Bitte ist auch an die würdigen Collegen des Herrn Achenbach zu richten, insbesondere an den Millionär und Hungerapostel Camphausen.

*) Unter Gewerkschaften — der Ausdruck kehrt wieder — sind hier die Aktiengesellschaften zu verstehen, denen die Werke gehören. R. d. B.

— Wucher mit Arbeitslohn. Die „Vossische Zeitung" hatte kürzlich über den langen Credit, welcher von den Geschäftsleuten gewährt werden muß, geschrieben und der Berliner „Agitator", hierzu bemerkt, daß die Arbeiter von diesem Vorwurfe jedenfalls freizusprechen, da sie weder Credit geben könnten noch erhielten. Der Jahresbericht des Essener Bergwerksverein, König Wilhelm, belehrt uns eines Anderen. Hier heißt es: „Der Bruttogewinn beträgt 218,381 Thlr. 12 Sgr. 7 Pf., wovon 52,996 Thlr. auf Abschreibungen, 34,826 Thlr. zur Dotation des Reservefonds und 120,000 Thlr. = 4 Proz. des 3 Millionen Thlr. betragenden Aktienkapitals an die Aktionäre vertheilt werden. In der Bilanz figuriren noch 30,733 Thlr. bis 31. Dezember 1874 fälliger aber noch nicht ausgezahlter Löhne." Man erinnere sich der Katastrophe des Bergwerks Ritterburg, wo circa 14,000 Thlr. Arbeitslöhne in die Brüche gingen. Bis uns der Essener Bergwerksverein König Wilhelm genügende Aufklärung giebt, sind wir gezwungen anzunehmen, daß derselbe mit dem sauren Schweiße seiner Arbeiter, mit ihren Arbeitslöhnen, seit über 4 Monaten schnöden Wucher treibt. Beiläufig würden diese 30,733 Thlr. seit ihrer Fälligwerdung bis zum 1. April, nur zu 5 Proz. gerechnet, über 500 Thlr. Zinsen ausmachen. Fälle, wie der angeführte, stehn nicht vereinzelt da. Ueberdies ist zu bedenken, daß der Lohnkredit — auf 8, 14 Tage und längere Zeit — welchen der Arbeiter regelmäßig dem Arbeitgeber gewähren muß, den Profit des letzteren enorm vermehrt.

— Es stiebert ganz gewaltig, seitdem die Sozialdemokratie Deutschlands zu einem Congreß einberufen ist, auf welchem die Einigung der beiden sozialistischen Fraktionen vor sich gehen soll. Selbstverständlich ist der Bourgeoisie vor einer Vereinigung der beiden Fraktionen nicht wenig bange, und da sie selbst nicht weiß, wie sie es anfangen soll, um die Vereinigung der beiden Fraktionen zu hintertreiben, so flüchtet sie sich zu dem Einzigen, zu dem sie in dieser Sache Vertrauen fühlt, zu Herrn Stieber. So wird denn in allen Reptilienblättern eine gleichlautende Correspondenz aus Berlin abgedruckt, worin mit großer Wichtigthuerei angekündigt ist, daß wieder für die Internationale Propaganda gemacht werde. Es heißt dabei:

„Vor Kurzem ist an sämmtliche Sektionen der Internationale in und außerhalb Deutschlands ein von den deutschen Häuptern der Partei, Liebknecht, Bebel und Hasenclever obenan, unterzeichnetes Schreiben ergangen, welches zur Beschickung eines demnächst in Berlin abzuhaltenden Delegirtentages der Internationale einladet. Zugleich unterbreitet die Berliner Sektion in einem von Herrn Hasenclever unterzeichneten und vom 7. März datirten Manifest den auswärtigen Sektionen zur Begutachtung und schriftlichen Meinungsäußerung ein Programm, welches die zunächst in sämmtlichen Parlamenten aufzustellenden Forderungen der Sozialdemokratie wie folgt formulirt: 1) Allgemeines Stimmrecht; 2) Volksbewaffnung (Milizsystem und Bürgerwehr) und Recht der Volksvertretung, über Krieg und Frieden zu entscheiden; 3) Einführung der allgemeinen und progressiven Einkommensteuer unter Aufhebung aller anderen Steuern; 4) Verbot der Kinderarbeit und Beschränkung der Frauenarbeit; 5) Einführung des Normalarbeitstages; 6) Verbot der Sonntagsarbeit; 7) Staatliche Aufsicht über Bewegung und Lage der Industrie; 8) Gesetzliche Bestimmungen über das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — An dieses Programm schließen sich allgemeine Instruktionen. Wir erhalten obige Mittheilung aus sehr zuverlässiger Quelle und unser Gewährsmann hatte Gelegenheit, beide Schreiben im Original zu sehen, wie sie von einer italienischen Sektion nach Berlin zurückgesandt waren — allerdings an eine durchaus nicht sozialdemokratische Adresse."

Wir hätten auch ohnedies gewußt, daß die Adresse des Hrn. Stieber eine durchaus nicht sozialdemokratische ist. Im Uebrigen weiß jeder Sozialdemokrat, daß in Berlin niemals eine „Sektion der Internationale" bestand, bei welcher Herr Hasenclever Mitglied war. Das „Circulär" scheint also eine polizeiliche Mystifikation, welche das der Polizei und Bourgeoisie so verhaßte Schreckgespenst „Internationale" emporzaubert, um einen Druck bezüglich des Einigungscongresses auszuüben. Dumm hat der Spitzel seine Sache indeß angefangen, indem er geglaubt hat, die Sozialdemokratie setze ihre Hoffnungen auf den Parlamentarismus, und ihre Forderungen demgemäß formulirt hat. Er hätte wissen können, daß das Repräsentativsystem durchaus nicht unseren Anschauungen entspricht. Sicher ist aber das Eine: Alle Blätter, welche die betreffende Correspondenz abgedruckt haben, stehen in Beziehung zum Reptilienfond, denn die Correspondenz ist nichts anderes als ein Waschzettel aus dem Reichspreßbureau.

— Culturkampf. In Bingen wurde am 5. d. der Redakteur eines „reichsfeindlichen" Katholikenblattes von einem reichsfreundlichen Fabrikantensohn meuchlerisch überfallen — zur großen Ehre Bismarck's. Das in der Person seines Redakteurs betroffene Blatt, der „Binger Anzeiger" schreibt darüber:

„Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde der verantwortliche Redakteur unseres Blattes in unmittelbarer Nähe des „Englischen Hofes" auf offener Straße von einem Individuum in bester Form der Wegelagerung überfallen und dem Nichts ahnend seines Weges Gehenden ein Stockschlag über den Kopf versetzt. Ehe der ohne jede Veranlassung also Attaquirte sich von seiner Ueberraschung erholen und Anstalten zur Gegenwehr treffen konnte, hatte der feige, hinterlistige Angreifer, in dessen Person er einen gewissen Carl Gräff junior, Sohn des bekannten hiesigen Tabaksfabrikanten Carl Gräff, erkannte, bereits eiligen Schrittes das Weite gesucht. Indem wir von dieser niederträchtig-gemeinen Handlungsweise als derjenigen eines rohen, infamen Buben hiermit gebührendermaßen Act nehmen und solche der öffentlichen Verachtung preisgeben, behalten wir uns weitere gerichtliche Schritte vor. Das sind die Früchte moderner „Kultur", wie solche unser heutiger „Liberalismus" zeitigt; — jener „Liberalismus", der in heuchlerischen

Phrasen an der Spitze der Civilisation, des Fortschrittes und der Aufklärung zu marschiren vorgiebt, der aber in Wirklichkeit, wie Figura zeigt, uns je eher je lieber in die Zeiten mittelalterlichen Faustrechtes zurückversetzen möchte!"

— Von Frau Heß in Paris erhielten wir Folgendes zur Veröffentlichung:

Deutsche Sozialisten, Freunde meines Mannes!

In Euren Zeitungen, sowie am Sarge meines geliebten Mannes, in Wort und Schrift wurde von Euch mit so tiefer Theilnahme des geliebten Todten gedacht, daß ich nicht unterlassen kann, Euch meinen Dank zu sagen für die bewiesene Sympathie, die mir, der nun allein stehenden Frau, so wohl thut. Einen „Veteran der Sozialdemokratie" nanntet Ihr ihn, und wahrhaftig, diesen schönen Namen hat er in des Wortes vollster Bedeutung verdient, das weiß Niemand besser als ich, die 35 Jahre an seiner Seite gelebt, jeden Pulsschlag seines Herzens verfolgt hat. Ihr verliert an ihm einen Denker und Kämpfer, ich einen braven treuen Ehegatten, einen Ehegatten, der mir nie Grund zum Klagen gab, nie sich über Schmerzen, selbst nicht bei den heftigsten körperlichen Leiden beklagt, der mir in all seinem Ungemach und Unglück noch ein Tröster war. Ja, ich bin stolz, dieses Mannes Frau gewesen zu sein, dieses Mannes, der ununterbrochen für die Menschenrechte kämpfte.

Die Menschenrechte durch Wort, Schrift und That vertheidigt zu sehen, war mir oft beschieden. Während der letzten großen Pariser Arbeiterbewegung von 1871 sah ich sie, die Männer der Freiheit, die Freunde meines Mannes, freudig in den Kampf ziehen, und sah später von den Edlen nur Einzelne als verstümmelte Leichen wieder. Was Bestialität jemals geleistet haben mag, nie hat sie sich wohl bestialischer in dem Blute ihrer Widersacher herumgewälzt als in jenen Tagen der Commune. In jenen Tagen, wo so ruchlos das so nahe Ziel unserer Wünsche zertrümmert, wo arm zu sein mit dem Tode bestraft wurde, damals bedurfte es der ganzen Wissenschaft und Beredsamkeit meines Mannes, um mich zu überzeugen, daß dieses vergossene Blut den Freiheitsbaum nur stärken, daß der Tag der Vergeltung nicht ausbleiben werde.

Was hatte denn mein Mann gethan, als er vor 27 Jahren mir von der Seite gerissen ward und zum Tode geführt werden sollte? Was hatten sie denn gethan, die Männer der Juischlacht von 1848, die Männer, welche vor meinen Augen in Ketten von den Henkersknechten des Henkermeisters der Bourgeoisie, des Generals Cavaignac, zu Tode geführt wurden? Hatten sie etwas anderes als Nächstenliebe, als gleiche Rechte und gleiche Pflichten proklamirt? Nein! nur dies, dafür zeugt der lächelnde Muth, mit welchem sie zum Tode gingen.

Sie sind nun nicht mehr, er, mein lieber Mann, und sie die Helden des Juni und der Commune, nur die Erinnerung bleibt; und unvergeßlich sind die Stunden, wo sie sich, die nun Todten, in dem Studirzimmer meines Mannes versammelten, um zu berathen, wie das menschliche Elend aus der Welt zu schaffen sei. Wer daher, wie ich, den Geist kennt, der alle diese Männer beseelte, wer wie ich der blutigen Revolution in's Auge geschaut, weiß sicher und fest, daß der Tag kommen wird, wo die Sache, die sie vertheidigten, siegen, und wo Denen vergolten wird, die das Leben dieser Männer verbitterten und kürzten.

Darum auf, Ihr deutschen Proletarier, ehrt mit mir unsere Todten, kämpft weiter in ihrem Sinne, dies ist das schönste Denkmal, das wir ihnen setzen können, das ist das beste Linderungsmittel für erlittene Verluste.

Mit herzlichem Gruß Sibilla Heß.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Am 27. v. M. starb in Stadtamhof bei Regensburg das Mitglied Willibald Schwaiger. Derselbe war zugleich Mitglied der Krankenkasse, und schreiben wir in Folge dessen laut § 15 des Krankenkassen Statuts eine Extrasteuer von 7 Pf. R.-M. pro Mitglied hierdurch aus. Diese Extrasteuer ersuchen wir nicht so vereinzelt einzusenden, wie dies das letzte Mal geschehen ist, was die Verwaltung unnöthig erschwert. Bis zum 15. Juni muß dieselbe an den Hauptcassirer eingesandt sein. — In Göppingen hat sich eine Mitgliedschaft gebildet. Bevollmächtigter ist J. Köhler, bei Ch. Commorell; Ch. Föll, Kassirer; H. Schröfl, Schriftführer. Wir rufen den Mitgliedern ein brüderliches Willkommen zu und wünschen, daß unsere Collegen in Schwaben sich immer mehr an unserer Bewegung betheiligen.

Mit Brudergruß

Die Verwaltung.

Landshut. Es diene hiermit zur Nachricht, daß hier ein Schuhmacherstrike ausgebrochen ist, denn es ist hier die Möglichkeit nicht vorhanden, seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen mit einem wöchentlichen Durchschnittsverdienste von 5—6 Gulden. Collegen allerorts! Wir fordern Euch auf, uns in unserem Kampfe zu unterstützen. Schnelle Hilfe thut noth; Zuzug fern halten. Gelder sind zu senden an Mich. Hundhammer, Berg ob Landshut in Baiern. Das Strikecomité.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, von Obigem Notiz zu nehmen.

Chemnitz. Die Meinungen, welche jetzt kurz vor dem Congreß und der Generalversammlung in mehreren Mitgliedschaften aufgetaucht sind, veranlassen die hiesige Mitgliedschaft, den Raum des „Volksstaat" in Anspruch zu nehmen. Der Antrag des Herrn O. Kapell geht dahin unter a) daß eine Conferenz von sämmtlichen Vorständen der Gewerkschaften einzuberufen ist. Unter Vorständen verstehen wir, und das motivirt schon der Antrag, die Verwaltungsräthe. Diese haben (siehe b 1) ein gemeinsames Statut auszuarbeiten. Nun geht unsere Ansicht dahin, daß das Statut dann in unsern zur Verfügung stehenden Blättern abgedruckt und der öffentlichen Discussion übergeben wird. Kurze Zeit darauf ist ein Gewerkschaftscongreß einzuberufen, wo das Statut durchberathen wird, und nach diesem erst ist es den Generalversammlungen zu unterbreiten. Das Statut muß frei von politischen Tendenzen und so ausgearbeitet sein, daß die Behörden keinen Anlaß haben, Mitgliedschaften zu schließen. Die Schuhmacher werden nie außerhalb der Arbeiterbewegung marschiren, und um mit den Dresdener Collegen zu reden, werden noch mehrere Monate vergehen, ehe das, was jetzt angestrebt wird, praktisch zur Durchführung kommt, mithin kann die ausgeschriebene Generalversammlung nicht so lange verschoben werden. Es kann dann, wenn es drängt, den Tag nach dem Gewerkschaftscongreß eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden. Collegen! Vor der Hand müssen wir den Schuhmachercongreß und der Generalversammlung eine würdige Vertretung sichern, und deshalb rufen wir in letzter Stunde allen Schuhmachern und den Mitgliedschaften zu, Delegirte zu senden, um auf gemeinsamer Grundlage den dauernden Frieden in unserer Branche in einer Organisation zu Stande zu bringen.

Mit Brudergruß

J. A.: Carl Aug. Walther.

Verband für Kürschner.

Lindenau, 6. Mai. Nr. 51 des „Volksstaat" enthält unter Rubrik „Verband der Kürschner" insofern eine falsche Angabe, als die Gehülfen in der Zurichterei von A. Herzog in Lindenau nicht die zehnstündige Arbeitszeit, sondern eine solche von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends innehalten; davon geht eine Stunde Mittag, eine halbe Stunde für Frühstück, desgl. eine halbe Stunde für Vesper ab, so daß nur von einer 11-stündigen Arbeitszeit die Rede sein kann. Immerhin ist diese Thatsache als ein ganz respektabler Fortschritt zu bezeichnen, wenn man in Betracht zieht, daß durch die Akkordarbeit die Zurichter sich selbst eine Arbeitszeit von 16 und mehr Stunden aufgehalst haben, und mögen nur die Collegen in andern Fabriken sich die Herzog'schen Arbeiter hierin zum Muster nehmen, besonders die Markranstädter, namentlich die, welche Sozialdemokraten sein wollen. Auch arbeiten die Arbeiter der Firma Herzog fast gar nicht mehr Sonntags. Glück auf! Fahret fort auf diesem Wege und die Pausen werden seltener werden. Eure Lage muß sich dadurch zunächst geistig, mit der Zeit auch in materieller Beziehung heben. — Es fällt mir hierbei auch die nunmehr vor bald zwei Jahren vom Kollegen Trost gebrachte Todesanzeige des Fachvereins ein, worin als Todesursache die Geistlosigkeit, erzeugt durch überlange Arbeitszeit und Kartenspiel, bezeichnet wurde. Nun, indem also die erwähnten Kollegen die lange Arbeitszeit beseitigen, und damit eine Quelle der Geistlosigkeit verstopft ist, so darf wohl erwartet werden, daß sie, statt sich dem geisttödtenden Kartenspiel hinzugeben, nun auch die Arbeiterblätter, ganz besonders den „Volksstaat", sowie belehrende Schriften der Arbeiterbewegung studiren, Versammlungen besuchen, den Arbeitervereinen beitreten und somit als geistige Kämpfer für unsere gerechten Forderungen eintreten. Möchten es sich die Parteigenossen recht angelegen sein lassen, allerorts für Vereinigung der Kürschner thätig zu sein, damit aus dem Verband für Leipzig und Umgegend ein Verband für ganz Deutschland entstehe.

Correspondenzen.

Berlin. Vorortsversammlung des Gewerkvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter vom 18. April 1875 (Schluß). 3) Hat der Sachverständige Zillmer seine Anträge in Bezug auf die Invalidenkasse, als da sind: Beitragserhöhung, Verringerung der Pensionen u. s. w. weder dem Centralrath noch dem Verbandstage vorher mitgetheilt, sondern es wurde einfach, nachdem der Bericht über den Stand der Invalidenkasse gegeben war, in die Berathung seiner in derselben Stunde gestellten Anträge eingetreten und dieselben auch angenommen. Die Verbandstags-Delegirten hatten eine Stunde vorher von denselben keine Ahnung, die Anträge durften also laut Statut gar nicht zur Diskussion resp. Abstimmung gelangen; auch bestreiten wir dem Sachverständigen der Verbands-Invalidenkasse das Recht, Anträge auf dem Verbandstage zu stellen, so lange das Statut ihm ein derartiges Recht nicht einräumt. Die heute tagende Vorortsversammlung des Gewerkvereins der Fabrikarbeiter hält es für ihre Pflicht, die Mitglieder ihres Gewerkvereins von den Vorgängen auf dem letzten Verbandstage in Kenntniß zu setzen, und zwar, weil grade in Bezug auf die Invalidenkasse weitgreifende und für die Mitglieder mit großen Opfern verbundene Beschlüsse statutenwidrig gefaßt worden sind. Unser Gewerkverein zählt unter den 9474 Mitgliedern der Invalidenkasse allein 3325 bis ultimo 1874, also über ein Drittel der gesammten Mitgliederzahl, und treffen die gefaßten Beschlüsse des Verbandstags wahrlich diese hart genug. Wir glauben, es ist vollständig am Platze, wenn wir protestiren, damit die statutenwidrigen Beschlüsse nicht in Kraft treten. Es will uns fast scheinen, als habe man absichtlich die Anträge zur Invalidenkasse auf Erhöhung der Beiträge, Verkürzung der Pensionen u. s. w. nicht vorher veröffentlicht, um den Abgeordneten keine Zeit zum Ueberlegen zu lassen, und bedauern wir recht sehr, daß die Abgeordneten unseres Gewerkvereins aus vielleicht zu großer Rücksicht für unsere Organisation nicht sofort bei Stellung der Anträge Protest erhoben und sich von dieser statutenwidrigen Handlungsweise ganz fern gehalten haben; Rücksichten zu üben hatten unsere Abgeordneten keine Veranlassung.

Wir sehen ferner in dem Einbringen der Anträge für Aenderung des Invalidenkassenstatuts von Seiten des Sachverständigen sowie in der sehr warmen Vertheidigung dieser Anträge von Seiten des Anwalts einen übereilten Schritt; wir glauben, daß die zu weit gehenden Aenderungen auf dem nächsten Verbandstage noch zeitig genug hätten vorgenommen werden können, ohne daß die Lebensfähigkeit der Kasse untergraben worden wäre, und zwar umsomehr, als der Sachverständige Zillmer, nachdem bereits alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge, Verkürzung der Pensionen u. s. w. angenommen waren, sich dahin erklärte, daß er nicht so sehr an der fünfjährigen Wartezeit festhalte und vollkommen damit einverstanden sei, wenn die Wartezeit erniedrigt würde.

Wenn man nun gegen die Verringerung der Wartezeit nicht ist, und wenn dadurch die Ansprüche an die Kasse größer werden müssen, so hätte man doch wahrlich in Bezug auf die materiellen Opfer, welche die Mitglieder bringen müssen, so weit gehende Anträge nicht stellen sollen, und sind wir der Ansicht, daß, wenn die Abgeordneten vor der Abstimmung über die Anträge des Sachverständigen Zillmer dessen Ansichten über die Verringerung der Wartezeit gehört hätten, ein großer Theil wahrlich nicht für dessen Anträge gestimmt hätte.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß, wenn die Anträge des Sachverständigen rechtzeitig veröffentlicht und bekannt gemacht worden wären, die Mitglieder der Invalidenkasse Gelegenheit gehabt hätten, sich durch das Verbandsorgan für oder wider die Aenderungen erklären zu können. Dies hätte gewiß viel zur Klärung der Sache beigetragen, und wäre es möglich gewesen, vorher bestimmte Gesichtspunkte aufzustellen. Aber wir haben ja gesehen, mit welcher Vorliebe man Artikel im Verbandsorgan vor dem Verbandstage veröffentlichte, welche gegen Anträge gerichtet waren, die eine erhebliche Aenderung der Beschaffenheit und Verwaltung des Verbandsorgans verlangten.

Wir ersuchen hierdurch alle Mitglieder der Verbands-Invalidenkasse, sich unserm Protest anzuschließen, damit es uns möglich wird, mit einer recht großen Anzahl von Stimmen das statutenwidrige Verfahren des Verbandstages zu annulliren.

W. Nicola. W. Tornemann.

Herr Kobin erklärt sich für den Protest und tadelt die anwesenden Berichterstatter, daß sie nicht sofort in Leipzig gegen solches statutenwidriges Verfahren protestirt hätten. Redner betont, daß man von jeder Versammlung, von jedem Ausschuß, ja von jedem einzelnen Mitgliede verlange, daß die Beschlüsse statutengemäß gefaßt resp. ausgeführt werden und meint, daß Verbandstags-Abgeordnete, deren Beschlüsse für sämmtliche Mitglieder bindend sind, erst recht die statutarischen Vorschriften beobachten müßten. Redner knüpft hieran einige Bemerkungen über das Verhalten des Centralraths den Vertretern des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter gegenüber, und behauptet, daß dieselben nicht die Stelle einnahmen, welche ihnen als Vertreter eines Gewerkvereins gebührt. Trotzdem er erst einigen Sitzungen als Vertreter beigewohnt, so habe er doch die feste Ueberzeugung, daß, wenn sich das Verhältniß in denselben nicht ändert, die Vertretung des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter auf die Dauer unmöglich sei. Sollte das Verhältniß auf dem Verbandstage dasselbe gewesen sein, so wären die Vertreter unseres Gewerkvereins allerdings in etwas zu entschuldigen, daß sie aus gewissen Rücksichten nicht sofort Protest erhoben haben. Redner geht dann auf die Erhöhung der Beiträge näher ein und ist der Ansicht, daß dieselben, sowie die Zahl der in Aussicht gestellten Invaliden in der Wahrscheinlichkeitsberechnung viel zu hoch gegriffen sind; er belegt seine Behauptung mit Zahlen aus einer Kasse, welcher er angehört und welche schon 16 Jahre besteht. In demselben Sinne spricht sich Herr Gommert aus, welcher eine langjährige Praxis im Kassenwesen hat. Herr Krebs hat sich ebenfalls seit längerer Zeit eine Wahrscheinlichkeitsberechnung aufgestellt, und stimmt das Resultat mit den Ansichten der beiden Vorredner überein. Redner spricht sich ebenfalls für den Protest aus und empfiehlt denselben anzunehmen.

Herr Polke als Gast erklärt, er habe gegen den Protest nichts einzuwenden, würde sogar, wenn er auf dem Standpunkt der Berichterstatter stände, sich demselben anschließen, man müsse sich aber als „Demokrat" der Majorität fügen, auch müsse er den Berichterstattern den Vorwurf machen, daß dieselben nicht sofort auf dem Verbandstage gegen die statutenwidrigen Beschlüsse Protest erhoben hätten, er glaubt auch, daß es besser gewesen wäre, wenn man den Sachverständigen Zillmer zu dieser Versammlung eingeladen hätte, welcher viel Aufklärung hätte geben können.

Herr Rohrmann weist den Vorwurf, daß er nicht sofort Protest erhoben habe, zurück, und macht den Vorredner darauf aufmerksam, daß man den Vertretern des Gewerkvereins der Fabrik- und Handarbeiter von gewisser Seite andern Vertretern gegenüber nachgesagt hatte, sie wollten den Verband nur schädigen. Redner führt einzelne Fälle an, welche dies bestätigen; er hält es zwar für Pflicht, vorläufig keine Namen zu nennen, ist jedoch bereit, die Thatsachen durch Zeugen festzustellen, im Falle es nothwendig werden sollte. Gegen die Ansicht des Herrn Polke, daß sich nach demokratischen Grundsätzen die Minorität der Majorität fügen müsse, bemerkt Redner, daß dies nur geschehen könne, so lange die Majorität sich in gesetzlichen Schranken bewegt, ungesetzlichen Bestimmungen aber braucht sich die Minorität nicht zu fügen.

Nachdem auf Antrag des Heren Sasse beschlossen war, das Protokoll über die Verhandlungen der Vorortsversammlung der Redaktion des „Gewerkvereins" zur Veröffentlichung mit dem Ersuchen einzusenden, das Manuskript sofort zurückzusenden, falls die Aufnahme verweigert werden sollte, wurde die Sitzung um 1¾ Uhr geschlossen.

W. Tornemann, Vorsitzender.
J. Rohrmann, Sekretär.

Berlin. Zur Rückgangsstatistik. Am 19. April fand hierselbst auf dem „Gesundbrunnen" eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Wer hat die gegenwärtige Geschäftskrisis verschuldet und wer soll sie ausbaden?" referirte Bernstein. Derselbe bewies, daß die Behauptung: „Die hohen Löhne haben die Krisis herbeigeführt", eine Unwahrheit sei. Die Ausschreitungen Seitens der Unternehmer (Gründungsschwindel rc.) haben, unterstützt durch die heutige Produktionsweise, resp. Besitz- und Erwerbsverhältnisse, in den gesammten industriellen und commerziellen Kreisen eine Verderbniß herbeigeführt, von der schließlich alle Klassen der Bevölkerung, selbst einzelne Arbeiter, ergriffen worden seien. Die Sucht, ohne eigene Arbeit schnell reich zu werden, habe oft auch den kleinen Mann getrieben, seine wenigen Ersparnisse in spekulative Unternehmungen zu stecken, und dadurch habe dieser dem Schwindel Vorschub geleistet. Fern liege es ihm (Redner), die Herren Gründer weißbrennen zu wollen, aber dieselben hätten nie so viel Unheil anstiften können, wenn sie nicht durch die durch und durch korrumpirte Presse und die Gewinnsucht der besitzenden Klassen unterstützt worden wären. Einzelne für die Krisis verantwortlich zu machen, sei thöricht, dieselbe sei eine nothwendige Folge unserer kapitalistischen Produktionsweise (Großindustrie, Spekulation); aber ebenso thöricht, wie verwerflich sei es, die ganze Wucht der Folgen auf die am wenigsten dafür verantwortlich zu machenden Arbeiter abzuwälzen, die ohnehin schwer von der Krisis zu leiden hätten. Das Bestreben sei aber in den maßgebenden Kreisen vorhanden; die bekannten Worte Camphausens seien jetzt zu einem Feldgeschrei der Unternehmer geworden, und nicht nur materiell müsse der Arbeiter unter der heutigen Krisis leiden, dieselbe werde auch dazu benutzt, den Arbeiter rechtlos zu machen; Beweis: die Versuche der Arbeitgeber, die Organisationen der Arbeiter aufzulösen. Das gelinge aber nur da, wo die Arbeiter noch kein Klassenbewußtsein hätten, wo dieses vorhanden sei und lebenskräftige Organisationen ermöglicht habe, seien die Versuche der Kapitalisten fruchtlos geblieben. Das Klassenbewußtsein und die Organisationen zu stärken, sei die Hauptaufgabe der Arbeiter, dann würden auch die einzigen Mittel zur Besserung der heutigen Verhältnisse: Umänderung der heutigen kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise und radikale Besserung der politischen Zustände durchgesetzt werden.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung „Die Aussperrung der Weißgerber" referirte Herr Weiß. Derselbe kritisirte das anmaßende Verhalten der Arbeitgeber, die Auflösung der Organisation der Gehilfen mit einem Schlage zu dekretiren. Ihre Verabredung, bei 500 Mark Strafe keinen der deshalb austretenden Gehilfen zu beschäftigen, widerspreche dem § 113 der Gewerbeordnung, aber trotzdem dieser Paragraph schon oft gegen die Arbeiter angewendet worden sei, habe eine Denunziation der Meister bei Herrn Teffendorf keinen Erfolg gehabt; derselbe habe auf die Privatklage verwiesen. Ferner kritisirt Redner auch das Verhalten der Gehilfen. Dieselben haben bisher der Arbeiterbewegung fern gestanden und eher zünftlerischen Ansichten gehuldigt, dem mögen sie nun, durch die Erfahrung gewitzigt, entsagen und einsehen, daß die Interessen der Arbeiter solidarisch sind. Erst dann, wenn ihre Organisation vom Geiste der Arbeiterbewegung durchweht sei, werde sie ihren Zweck erfüllen, dann aber auch die feige Fahnenflucht, wie sie jetzt vorgekommen, unmöglich sein. „Organisirt Euch, leset die Arbeiterblätter!" mit diesen Worten schloß der Redner sein mit großem Beifall aufgenommenes Re-

ferat. An der sehr lebhaften Debatte betheiligten sich u. A. die Herren Armborst, Gläser, Keitel, Jüngling, Engel, Könen, Grosmann und Gröbel. Des letztern Versuch, für die Hirsch-Duncker'schen Organisationen Propaganda zu machen, verunglückte gänzlich. Zum Schluß ließen sich 25 Mann, meist Weißgerber, in den Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufnehmen, ferner wurden acht „Volksstaat"-Abonnenten gewonnen, und sagen wir dafür hiermit den Herren Arbeitgebern, sowie dem Herausgeber der „Gerberzeitung", Herrn Günther, unseren besten Dank, sie haben den Arbeitern die Augen geöffnet. —eb.

Wiesbaden, 5. Mai. Durch verschiedene kleinere oder größere Reptilienblätter geht die interessante Mähr von einer von 5 Personen besuchten Volksversammlung am hiesigen Orte. Dem „Rheinischen Courier" gebührt diesmal das Verdienst, dem deutschen Spießbürgerthum einen neuen Beweis vom „Rückgang der Sozialdemokratie" geliefert zu haben. Der Thatbestand ist jedoch folgender: Durch das Kriegsgeheul der officiösen Presse veranlaßt, beabsichtigten die hiesigen Genossen dem Publikum die Stellung der Sozialdemokratie in dieser Frage klar zu stellen und wurde zu diesem Zweck zum 20. April eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Krieg oder Frieden und die Fälschung der öffentlichen Meinung in Deutschland" einberufen. Doch der Mensch, oder vielmehr die Sozialdemokraten denken und die Polizei lenkt. Es wurde nämlich zuerst dem Einberufer bemerkt, daß wegen der Gefährlichkeit der Tagesordnung die Versammlung nicht genehmigt werden könnte. Nachdem aber dieser geltend machte, daß es keiner Genehmigung, sondern nur einer Bescheinigung bedürfe, mußte man „höheren Orts" doch in dieser Hinsicht nachgeben, verbot aber das Anschlagen der Plakate. Daß nun eine Versammlung, und sei dieselbe noch so oft angezeigt, ohne öffentliche Bekanntmachung sich keines lebhaften Besuches erfreuen kann, werden doch die „Liberalen", die ja trotz des vorhergegangenen Lärmens oft das Vergnügen haben, vor leeren Tischen und Bänken zu tagen, uns zugeben müssen. Zur Beruhigung können wir aber die Versicherung abgeben, daß, obwohl verschiedene Arbeiter umsonst nach den Plakaten gesucht, infolge dessen auch nicht erschienen waren, nicht 5, sondern mindestens 30—35 Personen anwesend waren. Woher der „Rheinische Courier" die Nachricht von den 5 Mann hat, mag jeder Leser daraus errathen, daß die Anwesenden, mit Ausnahme der Polizei, aus Parteigenossen bestanden. — Nur wollen wir noch erwähnen, daß auch die Volksversammlung, welche am 27. v. Mts. stattfinden sollte, nach polizeilicher Bescheinigung und wiederholtem Verbot des Plakatanschlagens von Seiten des Wirths durch Widerruf in den hiesigen Lokalblättern vereitelt wurde. Wir können nicht anders als bei unserm Glauben verharren, die hiesige Polizeibehörde hat, nachdem sie eingesehen, daß alle ihre Machinationen an der Zähigkeit der Sozialdemokraten scheitern, sich auf die Beeinflussung des Wirths gelegt, und haben wir darin den besten Beweis, daß dieser Versuch bereits zu Ende vor. J. gemacht wurde. Ging doch vor kurzer Zeit der Herr Polizeidirektor in eigner Person zum Prinzipal unsers Genossen Ehrhardt und denuncirte denselben als eine höchst „gefährliche" Persönlichkeit, was zur Folge hatte, daß Letzterer sofort aus der Arbeit entlassen wurde. Wir können hier mit Recht singen: „Was macht die Polizei? Sie steht den ehrlichen Leuten bei — die hohe Polizei." — Dies als Beispiel, wie man die öffentliche Meinung macht. Wir aber geben den Scheeren- und Blaustift-Redakteuren die feste Versicherung, daß sich die Sozialdemokratie hier eines sehr guten Daseins erfreut, und daß alle Zeitungslügen und Polizeimanöver dieselbe auch hier nicht aus der Welt schaffen.

Apropos! Da fällt mir ein, daß die Polizei letzthin sehr wenig Zeit hatte, uns zu „überwachen", indem sie vollauf zu thun hatte, die Landeskinder unsers „gnädigen" Landesvaters in respectvoller Entfernung von dessen höchsteigner Person zu halten. Hatte doch ein hiesiges Lokalblatt schon zu Kaisers Geburtstag auf dem Theaterzettel einen Pest-Prolog angekündigt! F. N.

Braunschweig, 9. Mai. Gestern Abend fand unter dem Vorsitze von Bracke und Bürger eine starkbesuchte Arbeiterversammlung statt, in welcher Kokosky und Auer (Hamburg) über die Lage der Arbeiter und die Vereinigung der beiden Fractionen referirten. Es wurde beschlossen, Kokosky zum Congreß zu entsenden und wegen Delegation eines zweiten Genossen in der nächsten Arbeiterversammlung — Sonnabend, 15. Mai, Bestimmung zu treffen. Bekanntlich sind Parteiversammlungen bei uns verboten; trotzdem werden wir unsere Schuldigkeit thun.

Breslau, 11. Mai. Zum Congreß. Die gestern hier stattgehabte „Sozialistenversammlung" beschloß, auf den Antrag Reinders, ihren Delegirten Just und Reinders den Auftrag zu geben, gleich nach Eröffnung des Congresses den Antrag zu stellen, daß der Congreß auf zwei Tage aufgeschoben werde, damit zunächst die Separatcongresse stattfinden könnten.

Köln, 2. Mai. In der heute stattgefundenen Versammlung der hiesigen Sozialisten wurde der neue Organisationsentwurf besprochen. Mit § 2, wonach dem Vorstand das Recht zusteht, einzelne Parteigenossen auszuschließen, konnte man sich von keiner Seite einverstanden erklären. Es könne dieses Anlaß zu den unseligsten Reibereien geben. Wenn Jemand ausgeschlossen werde, so könne dieses nur von den Mitgliedern am Orte geschehen, dann müsse der Ausgeschlossene natürlich das Recht haben, an den Vorstand und Ausschuß, resp. an den Parteicongreß zu appelliren. Zu § 8, betreffend die Wahl des Vorstandes auf dem Parteicongreß, wurde bemerkt, daß es demokratischer sei, wenn der Vorstand von den Mitgliedern des Vororts gewählt werde, daß es sich aber auch allenfalls rechtfertigen lasse, wenn die Wahl auf dem Parteicongreß vor sich ginge. Mit § 10, worin es heißt, daß die Wahl der Controlcommission ebenfalls auf dem Congresse stattfinden soll, konnte sich Niemand einverstanden erklären. Es müsse die Controlcommission unbedingt aus den Mitgliedern desjenigen Ortes, wo dieselbe ihren Sitz haben solle, hervorgehen, sonst werde der Congreß in der Lage sein, über Leute abzustimmen, die den meisten Delegirten gar nicht bekannt sein könnten. Den § 13, betreffend die Suspendirung der Controlcommission durch den Vorstand und Ausschuß, wünschte man beseitigt. Die einheitliche Organisation werde durch diese und noch andere Aenderungen in keiner Weise geschädigt. Zu § 18, worin es heißt: zur Gründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Controlcommission und des Ausschusses nöthig, sprach man sich dahin aus, daß den Mitgliedern eines Ortes, welche gewillt seien, ein Parteiblatt zu gründen, die größte Vorsicht anzuempfehlen sei, auch könne es nicht schaden, wenn man die Parteibehörde zu Rathe zöge, aber die Zustimmung sämmtlicher Parteibehörden zur Gründung eines Blattes sei doch zu weit gegriffen. Es sei nicht möglich, daß die sämmtlichen Parteibehörden über die provinziellen und örtlichen Verhältnisse gehörig informirt sein könnten. — Es wurden bei dieser Debatte, von Rednern beider Fraktionen der Ultramontanismus und die unzähligen Blätter und Blättchen der Letzteren besonders in Betracht gezogen. — Bedauert wurde, daß die Leipziger und Hamburger Sozialisten über ihre Diskussionen, betreffend den neuen Programm- und Organisationsentwurf, nichts veröffentlicht hätten. Es würde dann viel mehr Fluß in die Diskussion aller Orte gekommen und die Aufgabe des Congresses bedeutend erleichtert worden sein. Man betonte aber auch, daß auf einem Congresse niemals den Wünschen der Einzelnen gewillfahrt werden könne und daß hoffentlich nichts mehr im Stande sein werde, die Einigung zu hindern.

Winterthur. Einen drastischen Beleg zum „Rückgang der Sozialdemokratie" hat soeben der schweizerische Grütli-Verein geliefert. In diesem Verein (ziemlich analog mit den nationaldünkelhaften Bildungsvereinen Deutschlands) war es schon vor längerer Zeit der sozialdemokratischen Minderheit gelungen, die Redaktion des Vereins-Organs „Grütlianer" einem gesinnungstreuen Manne, Herrn Nationalrath Bleuler in Winterthur, zuzuwenden. Selbstverständlich boten nun die reaktionären Elemente Alles auf, die Redaktion zu befudeln, um den früheren Einfluß wieder zu gewinnen, in welchem Bestreben sie von der schweizerischen national-respektabeln Presse kräftigst unterstützt wurden. Alle Machinationen scheiterten aber an dem gesunden Sinne der zu Herrn Bleuler stehenden Grütlianer. Vor Kurzem nun brachte Herr Bleuler einen Programm-Entwurf für das Verhalten des Grütli-Vereins gegenüber der sozialen Frage, bei welcher Gelegenheit er auch ein freundschaftliches Zusammenwirken mit dem schweizerischen Arbeiterbund empfahl. Mit gewohnter Rabulisterei schnitt das Berner Centralcomité aber einen Antrag auf Anschluß des Grütli-Vereins an den schweizerischen Arbeiterbund aus oben erwähnten Gründen ab. (Aus Gründen, die hier zu erörtern nicht der Platz ist, hatte der Gesammt-Grütli-Verein einen definitiven Beitritt zum Bund schon früher abgelehnt.) Der Winterthurer Redaktion des Organs war das zu viel. In einem geharnischten Artikel legte Bleuler seine Ansicht dar über das Intriguenspiel des Centralcomité, zugleich seinen Abscheu kundgebend und den (früheren) Centralpräsident A. Lang (der aber jetzt noch die Seele des Centralcomités ist) des Volksbetrugs anklagend. Als Antwort auf diese Anklage brach das Centralcomité jeden Verkehr mit der Redaktion ab, ließ eigne Cirkulare drucken und leitete eine Urabstimmung auf Abberufung der Redaktion ein. Die Sektion Zürich sammelte die Opposition und beantragte die Sistirung des Centralcomités. Daß es hüben und drüben nicht an gepfefferten Auslassungen fehlte, läßt sich denken, doch muß man der Partei der Redaktion das Zeugniß ausstellen, daß sie mit Ruhe und Würde vorging. Das Resultat der Abstimmung waren 2393 für die Redaktion, 2247 für das Berner Centralcomité, welch' letzteres, als es den Sieg der Redaktion voraussah, in seinem letzten Cirkular den Rücktritt erklärte. Bedenkt man, daß ein Mitglied dieses Centralcomités noch auf einer im vorigen Jahre zu Zürich abgehaltenen Kreisversammlung erklären konnte: „Das Centralcomité habe alle kleineren Sektionen in der Hand", so darf man den Sozialisten im Grütli-Verein zu ihrem Sieg nur Glück wünschen. Die Bewegung lebt, das mögen sich unsre Bourgeois-Zeitungsschreiber hinter ihre langen Ohren schreiben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

C. Schröder.

An die Vorstände der deutschen Gewerkschaften sowie der lokalen Fachvereine.

Die Unterzeichneten fordern die Vorstände zur Theilnahme zu der am 28. Mai in Gotha stattfindenden Gewerkschafts-Conferenz auf.

Die Conferenz tagt im Kaltwasser'schen Lokal und beginnt am 28. Mai Vormittags 9 Uhr. Die Delegirten müssen jedoch schon am 27. Mai Abends in Gotha eintreffen, woselbst sie von den dortigen Parteigenossen — erkenntlich an rothen Schleifen — empfangen werden.

Die Conferenz hat den Zweck, für die deutsche Gewerkschafts-Bewegung allgemeine Organisations- und Centralisationssatzungen — unter möglichster Berücksichtigung der augenblicklich für viele Gewerkschaften geltenden — aufzustellen, durch welche eine Einigung der einer Berufsklasse angehörenden, aber augenblicklich in zwei Organisationen getheilten Arbeiter ermöglicht werden kann.

Auch soll die Conferenz sich mit der Ausarbeitung einer Congreß-Vorlage beschäftigen, durch welche eine Centralverbindung sämmtlicher Gewerkschaften — ohne daß eine derselben in ihrem selbständigen Handeln geschädigt werden könnte — hergestellt werden kann, und soll die Zeit festsetzen, in welcher dieser Congreß stattfinden soll.

Es ist nothwendig, daß jeder Delegirte die Statuten der Organisation, welcher er angehört, mit zum Congreß bringt. Alles weitere, was besprochen werden soll, beschließt die Conferenz, und steht es jedem Delegirten frei, beliebige Anträge zu stellen.

Jeder Vorstand einer centralisirten Gewerkschaft oder eines Fachvereins kann zu dieser Conferenz so viel Delegirte schicken wie er will, doch müssen diese Delegirten bis spätestens den 25. Mai Herrn W. Bock in Gotha, wohnhaft Fritzelsgasse 27, gemeldet sein, damit für Quartier gesorgt werden kann.

Mögen die geehrten Vorstände genannter Verbindungen den guten Zweck dieser Conferenz wohl erkennen und recht zahlreich auf derselben vertreten sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Kapell, Berlin. H. Rieke, Braunschweig.
H. Groß, Hamburg.

Briefkasten

der Redaktion. K. in W.: Wie uns mitgetheilt ward, starb Feldwebel Gröning in Königsberg in der Neumarck, und gehört dem 35. Regiment an. —

Quittung

B. S. Brth Mainz Ab. 2.70. Ddrhs Schleiden Schr. 4.00. Rdlph Hannover Ann. 3.00. Mchr Barel Schr. 3.00. Mär Mannheim Ab. 25.92; Schr. 10.69. F. A. Szg Hodocken Ab. 400.00. Grdmnn Großenhain Schr. 2.70. Arbeiterverein Thonberg Ann. 1.20. Arbeiterverein Connewitz 0.60. A. Lbg Cöln Schr. 0.25. Eingrtn hier Ab. 9.00. Nchrd Gelsenkirchen Ann. 0.70. J. Mär hier Schr. 0.45. A. Lbmn Chemnitz Schr. 1.00. A. Rmnn Nowawes Ann. 0.50. A. Krtschm Berlin 1.50. Hrktz Bonn Ab. 0.60. Schbrt Herrmanstadt Ab. 1.75. Wahlcomité hier Ann. 1.80. Rgg hier Ab. 1.20. Tbr Connewitz Ab. 4.05. Zpk Breslau Ab. 36.00. Sick Sattler hier Ann. 0.30, Ab. 1.80. Rchl Troppau Schr. 6.01. A. Mts Berlin Ann. 1.00.

Zum Wahlfond.

Liste Nr. 4 Müller 8.50, Nr. 17 Fdthl 9.00. C. Briesemann Forste v. dort. Parteigenossen 4.35. Fdthl 7.00. Fnk 3.00. Liste 34. Rndt 9.25. Liste 12 Libisch 11.70. Liste 21 Rudolf 2.25. Arbeitern d. Cigorius'schen Cigarrenfab. hier 2.30; Versamml. im Tunnel Hotel Palogne 29.50; Versamml. Tivoli 133.25; Versamml. Bellevue 39.34. Autenrith Stoez-Geck 12.00. Liste 27 Scheps 3.10. Liste 25 Wurzel 2.20. Wahltagversamml. Bellevue 12.00.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen erhielten ferner: In Leipzig H. B. 90.00.

Augsburg „Sozialdemokratische Arbeiterpartei." Samstag, den 15. Mai, bei Bierbrauer Linder, Blossfeld. Versammlung der hiesigen Mitglieder. L. Tauscher. [40]

Berlin Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Cigarrenarbeiter. Dienstag, den 18. Mai, Vorm. pr. 10 Uhr

Außerordentliche General-Versammlung

im „deutschen Kaiser", Lothringerstr. 37. — T.-O: Antrag vom Verwaltungsrath des deutschen Tab.-Arb.-Vereins einen Kartelvertrag mit der Central-, Kranken- und Sterbekasse zu schließen. Im Interesse der Kasse ist es dringend nothwendig, daß sämmtliche Mitglieder am Platze sind.

Der Vorstand August Mytes. [80]

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 22. Mai, Abends halb 9 Uhr, Andreasstraße 26, bei Gittel

Außerordentliche Generalversammlung.

Die Mitglieder werden ersucht, sämmtlich am Platze zu sein, da wichtige Angelegenheiten zu berathen sind. [70]

Berlin Am sog. 2. Pfingstfeiertag:

Fußpartie nach Schlachtensee.

Abmarsch Morgens 8 Uhr von den Gratweil'schen Bierhallen. Für Diejenigen, welche Nachmittags mit der Wannenseebahn folgen wollen, die Nachricht, daß wir in der neuen Fischerhütte zu treffen sind. — Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug nicht statt.

Heinisch, Adam, Grimpe. [175]

An die Volksstaat-Leser Berlins!

Unterzeichnete laden hiermit die Volksstaat-Leser Berlins, sowie ihre Gesinnungsgenossen zu der am

Dienstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr,

(Dritter Feiertag)

im großen Saale des Handwerkervereins, Sophienstraße 15

stattfindenden

Allgemeinen Versammlung

ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Tagesordnung: Der Einigungs-Congreß der deutschen Sozialdemokratie. Delegirten-Wahl.

Bei der großen Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir eine allgemeine Betheiligung.

Adam. Alt. Baumann. Bong. Bernstein. Dewitz. Fischer. Grimpe. Gerstenberg. Gintzel. Heinsch. Havenith. Heiland. Henke. Könen. Keitel. Körner. Kanneke. Lemke. Mitan. Milke. Müller. Neukranz. Polieska. Richter. Stenzleit. Stolten. Schwoidte. Schramm.

(2a) **Schuster. Vogel. Windthorst. Weiß. Wagner.** [210]

Gelsenkirchen Montag, den 17. d. M., Morgens 11 Uhr findet im Lokal des Herrn Caspar Dresen auf dem Biehagen eine

Partei-Versammlung

statt. — T.-O: Wahl eines Delegirten zum Congreß. — Alle Parteigenossen beider Fraktionen von Gelsenkirchen, Steele, Bochum und Witten werden eingeladen. [70]

Gohlis Arbeiterverein. 1. Pfingstfeiertag Spaziergang nach Böhlitz-Ehrenberg (mit Musik). Sammelplatz bei Jähnig (Garküche), Eisenbahnstraße. Abmarsch pünktlich früh 1/2 5 Uhr. — Parteigenossen willkommen.

Freitag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr wichtige Besprechung bei Kuntzsch. Die Mitglieder wollen sich hierzu möglichst vollzählig einfinden.

Hamburg Freitag, den 14. Mai

Geschlossene Mitglieder-Versammlung

beider Fraktionen in Tidges Saal Valentinskamp. — T.-O: Die Besprechung über ein Lokal-Blatt. — Karten sind vorzuzeigen.

J. H. Peter. [70]

Hannover Sozialdemokratischer Wahlverein. Den 1. Feiertag, bei Herrn Narten:

Großes Pfingstfest.

— Anfang: Concert 4 Uhr, Ball 8 Uhr. Concert 30 Pf. —

Das ganze Fest 1 Mark.

Karten sind zu haben in Wahlvereins-Versammlungen, bei Gastwirth Mathes, Neuestr. 45, bei Gastwirth Boge und Rudolph Mittelstr. 11, bei Glebe, Fortuna (Linden).

(2b) Für das Comitee: H. Rudolph. [250]

Leipzig Die Inhaber von Sammellisten zum Reichstags-Wahlfond werden ersucht, bis 15. d. M. dieselben sammt den gezeichneten Beträgen an uns gelangen zu lassen.

Das sozial-Demokr. Wahlkomité
J. A. W. Fink, Zeitzerstr. 44. [50]

Leipzig Soz.-dem. Wahlkomité. Mittwoch, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, Sitzung im Lokale des Arbeiter-Bild.-Vereins. — T. O: Abrechnung Verschiedenes.

W. Fink, Vors. [40]

Leipzig Dienstag, den 18. Mai, Morgens 10 Uhr:

Schneidergehülfen-Versammlung

im Saale des Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Tagesordnung: Der Strike in Bremen.

Die Collegen werden ersucht, sich der wichtigen Tagesordnung halber zahlreich einzufinden. [70]

London Arbeiterbildungsverein. Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation. 19, Little Windmill-Street, Golden Square, W.

Gewöhnliche Vereinssitzung jeden Samstag, englischer Sprachunterricht jeden Mittwoch und Vorträge an Sonntagen abwechselnd mit geselligen Abenden. (m) [60]

Neuschönefeld Arbeiterverein. Freitag, den 14. Mai im Bergschlößchen Abends 8 Uhr. — T.-O: Vortrag, Vereinsangelegenheiten. — Erscheinen jedes Mitgliedes ist dringen nothwendig.

Der Vorstand. [50]

Voigtland Waldpartie nach d. Schneckenstein am 2. Feiertag. Abfahrt Bahnhof Langenfeld früh 9 Uhr.

Durch uns ist zu beziehen:

Berthold Auerbach, Tagebuch aus Wien,

(September — November 1848).

227 Seiten. 1849. Ladenpreis 3 Rmk. jetzt 1 Rmk.

Die Expedition des „Volksstaat".

Soeben erschien in 2. Auflage

Die industrielle Arbeiterfrage

und die Forderung eines

Neuen Arbeitsrechts.

Vortrag, gehalten auf der Volksversammlung des Congresses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Coburg am 19. Juli 1874 von Th. Yorck.

Preis 25 Pf. pro Exemplar.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rindt.
Redaktion Hohestraße 4, Expedition Zeitzerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.